

## Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 12.09.2007  
in der Firma Herbalind gGmbH, Wiegenkamp 23, 46414 Rhede

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

#### Mitglieder:

Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp 48734 Reken  
Herr Hubert Bestert 46354 Südlohn  
Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn  
Frau Heidi Buskase 48599 Gronau  
Herr Manfred Daberkow 48599 Gronau  
Herr Josef Leinen 48712 Gescher  
Herr Gerhard Ludwig 46325 Borken  
Herr Johannes Maus 46342 Velen  
Frau Stephanie Pohl 48712 Gescher  
Frau Ursula Schulte 48691 Vreden  
Frau Silke Sommers 46399 Bocholt  
Frau Gerti Tanjsek 46397 Bocholt  
Herr Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden

Vertretung für Herrn Markus  
Jasper

Frau Gertrud Welper 48691 Vreden  
Frau Ursula Zurhausen 46325 Borken

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp  
Herr Reinhard Groschke  
Herr Dr. Gerhard Ettliger  
Frau Doris Gausling  
Frau Reinhild Wantia  
Herr Jürgen Bietenbeck

#### Gastgeber:

Frau Hildegard van Acken, Vorsitzende des Fördervereins Fähre e.V.

### Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere als Gastgeberin die Vorsitzende des Fördervereins Fähre e.V. Frau van Acken.

#### **Punkt 1: Vorstellung und Besichtigung der Fa. Herbalind gGmbH durch den Geschäftsführer Herrn Norbert Lütkenhaus**

---

Frau van Acken, die Vorsitzende des Fördervereins Fähre e.V., begrüßt stellvertretend für den kurzfristig erkrankten Geschäftsführer der Fa. Herbalind gGmbH die Ausschussmitglieder in den Produktionsräumen der Fa. Herbalind. Bei der Fa. Herbalind handele es sich um ein Unternehmen der Fähre e.V..

Schon seit der Gründung 1990 sei das Thema Arbeit neben der Angehörigenarbeit ein Hauptanliegen der Fähre e.V.. Es sei von immenser Bedeutung psychisch kranken Menschen durch Arbeit eine Tagesstruktur und ein neues Selbstwertgefühl zu vermitteln. Bereits zuvor haben man in Rhede an mehreren Stellen Angebote unterhalten, der Kauf der Firma Herbalind in 2002, die nunmehr als Integrationsfirma im Form einer gGmbH Wellness-Artikel herstelle und vertreibe sei ein weitreichender und bedeutender Schritt in diese Richtung gewesen. In 2005 seien dann die Arbeitstrainingsbereiche mit dem Integrationsunternehmen zu einem Produktionsstandort zusammengelegt worden.

Im Arbeitstrainingsbereich seien ca. 70 – 100 Personen tätig. Der Umfang und die Art der Tätigkeit sei von den individuellen Möglichkeiten des Einzelnen abhängig. Manche würden nur zwei Stunden in der Woche, andere sechs bis acht Stunden am Tag arbeiten. Das Arbeitsangebot sei insoweit noch unterschwelliger als das in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM). Frau van Acken weist darauf hin, dass auch nicht die Förderungen wie bei einer WfbM erfolgen würden. Die Teilnehmer würden für jede Arbeitsstunde ein „Entgelt“ von 1,00 € bis maximal 1,60 € erhalten.

Im Integrationsunternehmen seien von den 13 Beschäftigten 8 behindert. Ziel sei die dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen, insbesondere psychisch Kranke, zu den üblichen Marktbedingungen sowie die Zusammenarbeit und gemeinsame Beschäftigung von behinderten und nicht behinderten Menschen. Integrationsunternehmen würden wie andere Wirtschaftsunternehmen markt- und wirtschaftsorientiert arbeiten. Eine Bezuschussung von außen erfolge nicht.

Anschließend haben die Ausschussmitglieder die Möglichkeit im Rahmen einer Führung weitere Informationen über die Produkte, Produktionsstätten und –abläufe sowie über die einzelnen Tätigkeiten zu erhalten.

Zum Abschluss dankt Vorsitzender Stilkenbäumer Frau van Acken für die Gastfreundschaft sowie für die interessanten Informationen und wünscht ihr für die weitere Arbeit Erfolg.

**Punkt 2: 2. Controllingbericht 2007 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -  
Vorlage: 0159/2007**

---

Berichtersteller: Herr Groschke  
Herr Dr. Ettlinger

Herr Groschke erläutert kurz die auf Seite 5 dargestellten wesentlichen Änderungen beim Budget 01 – Soziales. Ergänzend führt er aus,

- dass im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege der Leerstand von 120 auf 180 Plätze angestiegen sei,
- dass bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 2003 (4,9 Mio. €) zu 2007 (9,6 Mio. €) eine Kostensteigerung von 95 % festzustellen sei, die sich hauptsächlich auf den Personenkreis der unter 65-jährigen beziehe. In 2008 werde mit Kosten von 11 Mio. € gerechnet.
- dass die Einnahme aus der Wohngeldersparnis in Höhe von 2.3 Mio. € auch zukünftig erfolge.

Zum Budget 04 führt Frau Wantia aus, dass finanziell keine wesentlichen Veränderungen erkennbar seien. Entsprechend dem Beschluss des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit seien aus den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Suchtshilfesystems im Suchtbericht Teil III Maßnahmen abgeleitet worden. Der Maßnahmenkatalog sei dem 2. Controllingbericht als Anlage beigelegt.

Es wird Einvernehmen darüber erzielt, sowohl den Controllingbericht als auch dem Maßnahmenkatalog zum Suchtbericht seitenweise durchzugehen und zu besprechen.

Zur Maßnahme 2007 Nr. 3 auf Seite 3 „Förderung von generationsübergreifenden Miteinander und Wohnen“ weist Mitglied Pohl darauf hin, dass einige Kommunen bereits auf diesem Gebiet tätig seien, und regt an, die Aktivitäten bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abzufragen. Die Anregung wird dankend aufgenommen.

Zu dem auf Seite 5 angeführten Leerstand im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege verdeutlicht Herr Haßenkamp, dass der Kreis Borken nur noch im Rahmen von Beratungsgesprächen mit Investoren oder den Gemeinden Einfluss auf die Planung von stationären Pflegeeinrichtungen nehmen könne. Manchmal würden auch andere Gesichtspunkte wie Städteplanung den Ausschlag geben. Eine direkte Einflussmöglichkeit wie beim früheren Pflegebedarfsplan gebe es nicht mehr.

Auf die Nachfrage des Mitglieds Ludwig zu diesem Themenbereich, ob Aussagen zu den belegten Pflegeplätzen und der Entwicklung der Pflegekosten gemacht werden könnten, antwortet Herr Groschke, dass die mitgeteilten Zahlen nur durch telefonische Nachfragen ermittelt worden seien, eine auswertbare Statistik stünde mit dem Wegfall des Pflegebedarfsplanes nicht mehr zur Verfügung.

Zu der Wohngeldersparnis unterbreitet Mitglied Ludwig den Vorschlag, die zusätzlichen Finanzmittel in die Eingliederung einzubringen. Herr Haßenkamp macht deutlich, dass mit der Einführung des SGB II keine zusätzliche finanzielle Belastung der Kommunen erfolgen sollte. Dies werde erstmals durch diese Wohngeldersparnis erzielt. In 2007 werde das Geld insofern in den Jahresabschluss eingehen und ab 2008 als Einnahme im Bereich des SGB II einberechnet. Die erwirtschafteten Mittel zusätzlich in Eingliederung, für die an sich aus finanztechnischer Sicht der Bund zuständig sei, fließen zu lassen, halte er nicht für sinnvoll. Auf die Nachfrage, ob die Kostenneutralität nunmehr auch für alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden gelte, ergänzt Herr Haßenkamp, dass dies zwar im Durchschnitt für die Städte/Gemeinden gelte, hinsichtlich der einzelnen Kommunen jedoch Unterschiede bestünden.

Bezüglich des Maßnahmenkataloges zum Suchtbericht III erläutert Frau Wantia auf die Anfrage des Mitglieds Daberkow, dass ein Wegfall des Landesmittel in diesem Bereich zur Zeit noch nicht befürchtet werde, es gehe hier um die Kommunalisierung.

Nach Klärung aller Fragen lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 und 53 zum 31.07.2007 zur Kenntnis.

**Punkt 3: Überörtliche Prüfung des Kreises Borken durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen**  
**Vorlage: 0158/2007**

---

Berichterstatter: Herr Dr. Ettliger

Vor dem Einstieg in die Sitzungsvorlage weist Herr Dr. Ettliger anhand von Folien auf die positiven Feststellungen der GPA zum Fachbereich Gesundheit hin. Die Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Zu den einzelnen Folien gibt er folgende zusätzliche Erläuterungen:

Bewertung des Personalbesatzes (Folie 1)

Im interkommunalen Vergleich der GPA liegt der Fachbereich Gesundheit unter dem Landesdurchschnitt.

Bewertung des aufgabenspezifischen Personalbesatzes (Folie 2)

- Beim Amtärztlichen Dienst liege der Wert mit 0,06 beim Minimum, da die beiden Fachbereichsleiter zusätzlich für drei Fachabteilungen die Abteilungsleiterfunktionen und zusätzlich noch Sachbearbeitertätigkeiten übernehmen würden, was nicht immer

in der normalen Arbeitszeit zu erledigen sei. Nur eine Fachabteilung werde „fremd geleitet“.

- Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst liege auf Grund der Neuorganisation Ende der 90er Jahre mit 0,37 unter dem Mittelwert. Dennoch werde mit den vier Schulärztinnen und zwölf Sozialmedizinischen Assistentinnen bürgernah in allen Nebenstellen gearbeitet.
  
- Auch im Bereich Umwelthygiene und Infektionsschutz liege man mit 0,2 deutlich unter dem Mittelwert. Hier würden sich fünf Gesundheitsaufseher und ein Abteilungsleiter die Sachbearbeitung teilen. Hinzu käme noch eine halbe Fachkraft für AIDS- und STD-Prävention (sexuell übertragbare Krankheiten). Die Tbc-Sachbearbeitung würden sich zwei halbe Kräfte und der Abteilungsleiter teilen.
  
- Der Sozialpsychiatrische Dienst befinde sich mit 0,33 knapp über dem Mittelwert, was jedoch den hohen Stellenwert dieser Aufgabe widerspiegele. Es erfolge eine flächendeckende Versorgung durch 1,5 Ärzte und 15 Sozialarbeiter. Berücksichtigt werde müsse zudem, dass die eigene Suchtberatung in Borken ebenfalls mit in die Berechnung einfließe.

#### Bewertung der Personalkosten (Folie 3)

Auch bei den Personalkosten liege der Fachbereich Gesundheit unter dem Landesdurchschnitt; „Ausreißer“ in der Bezahlung bestünden nicht. Man werde jedoch den Hinweis der GPA zur leistungsgerechten Bezahlung der Mitarbeiter aufgreifen und überprüfen.

#### Bewertung der Sachausgaben (Folie 4)

Trotz vieler Projekte und Aktionen lägen die Sachausgaben knapp über dem Minimum, da die Finanzierung auf Grund der aktiven Werbung der Verwaltung vielfach durch Sponsoring erfolge.

#### Bewertung der Gesamtausgaben (Folie 5)

Auf Grund der vorgenannten Umstände koste der Öffentliche Gesundheitsdienst im Kreis Borken mit 9,98 € pro Einwohner deutlich weniger als im Landesdurchschnitt mit 11,65 €.

#### Bewertung der Gebühreneinnahmen (Folie 6)

Die Einnahmesituation habe sich von 2004 zu 2005 deutlich verbessert. 2004 habe man mit 3,95 % deutlich unter und 2005 mit 5,6 % leicht über dem Landesdurchschnitt gelegen. Die GPA habe deshalb angeregt zu untersuchen, ob alle Möglichkeiten der Gebühreneinnahmen ausgeschöpft seien. Zu dieser kritischen Anmerkung habe die GPA folgende Umstände veranlasst:

- Keine Gebührenerhebungen für Untersuchungen im Auftrag der Städte und Gemeinden
  
- Deckelung der Gebühren bei den Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz.

### Wirtschaftlichkeitsbewertung (Folien 7 u. 8)

Der Fachbereich Gesundheit liege sehr weit vorn im Landesvergleich. Die GPA habe einen Kommunalindex von 4 errechnet und dem Fachbereich die „grüne Ampel“ verliehen. Dies bedeute, dass der Fachbereich Gesundheit seine Handlungsmöglichkeiten auf der Basis einer ergebnisorientierten Steuerung nahezu vollständig nutze.

Anschließend werden die Empfehlungen der GPA und die Stellungnahmen der Facheinheit einzeln besprochen und beraten. Es erfolgt jeweils eine separate Abstimmung zu jedem einzelnen Punkt.

### **Lfd. Nr. 53 – 1: Leistungskennzahlen**

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt zu diesem Punkt abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zur lfd. Nr. 53 – 1 „Leistungskennzahlen“ an.

### **Lfd. Nr. 53 – 2: Aufgaben der Gesundheitskonferenz**

Mitglied Daberkow weist zu der Aussage der GPA „Aufgaben ohne Nachfrage können abgebaut werden.“ hin, dass im Gesundheitsbereich Präventionsmaßnahmen nicht unbedingt abgefragt würden, jedoch außerordentlich wichtig seien. Er beantragt, diese Aussage mit aufzunehmen. Dem Antrag wird einvernehmlich gefolgt.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt zu dem Punkt lfd. Nr. 53 – 2 abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung zur lfd. Nr. 53 – 2 „Aufgaben der Gesundheitskonferenz“ unter Berücksichtigung der o.g. Ergänzung an.

### **Lfd. Nr. 53 – 3: Organisationsuntersuchung bis lfd. Nr. 53 – 8 Stellenniveau**

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt zu diesen Punkten abstimmen.

**Beschlüsse:** jeweils einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schließt sich den Stellungnahmen der Verwaltung zu den lfd. Nrn. 53 – 3 „Organisationsuntersuchung“ bis 53 – 8 „Stellenniveau“ an.

**Punkt 4: Informationen zum Zweiten Gesetz zur Änderung des SGB II „Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – JobPerspektive“**  
**Vorlage: 0160/2007**

---

Berichterstatter: Herr Groschke

Herr Groschke erläutert kurz den Inhalt der Sitzungsvorlage. Als Resümee stellt er fest, dass er auf Grund früherer Erfahrungen aus der Hilfe zur Arbeit mit dieser gesetzlichen Neuregelung nicht glücklich sei. Der Umstand, dass oder in welcher Höhe ein Lohnkostenzuschuss gezahlt werde, sei nur in den seltensten Fällen ein Faktor, ob jemand eingestellt werde. Ausschlaggebend seien vielmehr die Fähigkeit und auch die Zuverlässigkeit des Arbeitnehmers. Der geplante Lohnkostenzuschuss führe nur zu Mitnahmeeffekten, d. h. ohne Lohnkostenzuschuss würden keine Einstellungen mehr erfolgen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Groschke, dass die finanziellen Mittel für den Lohnkostenzuschuss nicht zusätzlich zur Verfügung gestellt würden, sondern dass vielmehr ein Teil des Eingliederungsbudgets hierfür vorzusehen sei.

Vorsitzwender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Informationen zur „JobPerspektive“ zur Kenntnis.

**Punkt 5: Förderung der Anerkennung des Ehrenamtes**  
**Vorlage: 0161/2007**

---

Berichterstatte(r)in: Frau Gausling

Mitglied Ludwig erklärt für die SPD-Fraktion, dass man das Anliegen als sehr wichtig einschätze, man jedoch die vorgeschlagene Entscheidung für einen Schnellschuss halte. Es werde daher vorgeschlagen, das gesamte Projekt im Rahmen der Haushaltsberatung zu beschließen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurde insbesondere von der CDU-Fraktion und der Verwaltung verdeutlicht, dass man mit diesem Programm keine Fortschreibung des AMPEL-Projektes verfolge, sondern dass man die in diesem Zusammenhang aufgebauten kreisweiten Strukturen und gewonnenen Erfahrungen nicht verloren gehen lassen möchte. Eine gewisse Zeit könne überbrückt werden, das Netzwerk AMPEL habe seine Tätigkeit jedoch schon zum 01.04.2007 beendet. Wenn man jetzt entscheide, würde man wichtige Zeit gewinnen. Selbstverständlich müsse das Programm wie andere Maßnahmen auch im Haushaltsverfahren 2008 weiterhin beraten werden.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

**Beschluss:**                    11 Ja-Stimmen  
    0 Nein-Stimmen  
    5 Enthaltungen

1. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt dem Programm „Engagiert für Engagierte“ mit einem Finanzvolumen von 36.000 Euro pro Jahr zu.
2. Das Programm startet zum 01.01.2008 und wird zunächst für zwei Jahre bis zum 31.12.2009 befristet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des Programms an einen geeigneten Träger mit Erfahrungen in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu vergeben. Der Kreis schließt mit dem Träger eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung.
4. Dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit wird im 1. Halbjahr 2009 über die Umsetzung des Programms berichtet. Auf der Grundlage der erreichten Ergebnisse entscheidet der Ausschuss, ob und in welchem Umfang das Programm „Engagiert für Engagierte“ weiter gefördert wird.

**Punkt 6:            Weiterführung des Projektes "Leben im Alter neu denken - Kreis Borken bewegt"**  
**Vorlage: 0126/2007 - Antrag der SPD-Fraktion vom 30.05.2007**  
**Vorlage: 0162/2007**

---

Berichterstatterinnen:                    Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte  
    Frau Gausling

Mitglied Schulte macht deutlich, dass die SPD-Fraktion an ihrem Antrag festhalte. Die Aufgabe der Lenkungsgruppe sei erledigt, die nunmehr folgenden Entscheidungen seien allein Aufgabe der Politik.

Mitglied Pohl erklärt, dass die CDU-Fraktion hier eine deutlich andere Auffassung vertrete. Zum einen würden Empfehlungen noch keine Entscheidungen darstellen, zum anderen verkörpere die Lenkungsgruppe einen Pool aus Fachleuten, der sämtliche Richtungen/Interessen beinhalte, so dass keine Einseitigkeit zu befürchten sei. Es sei unklug, bereits jetzt auf den Fachverstand zu verzichten, außerdem ende die Arbeit der Lenkungsgruppe, wenn die Überleitung der Projekte in die Regelförderung erfolgt sei.

Mitglied Leinen spricht sich für die UWG-Fraktion ebenfalls dafür aus, die Lenkungsgruppe bis zum Abschluss der Projektes mit einzubeziehen.

Herr Haßenkamp erinnert daran, dass der Kreis Borken für dieses Projekt im Sommer 2007 den Innovationspreis NW insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung einer sozialen Infrastruktur unter dem kooperativen Ansatz mit Konkurrenten erhalten habe. Die Lenkungsgruppe jetzt auszuschließen, halte er für ein falsches Signal. Er sehe vielmehr die Möglichkeit, auch zukünftig diese Strukturen und die damit verbundene Fachkompetenz von Zeit zu Zeit



zu nutzen, nicht als Lenkungsgruppe, da der Projektstatus 2008 ende, sondern als Begleitgremium.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**                    11 Ja-Stimmen  
    0 Nein-Stimmen  
    5 Enthaltungen

1. Die Lenkungsgruppe wird beauftragt, in ihrer nächsten Sitzung am 31.10.2007 die acht weitergeführten Angebote des Projektes „Leben im Alter neu denken – Kreis Borken bewegt“ zu bewerten und eine Empfehlung abzugeben, welche der Angebote für ein weiteres Jahr bis Ende 2008 gefördert werden.
2. Die Lenkungsgruppe erarbeitet außerdem in ihrer nächsten Sitzung am 31.10.2007 eine Empfehlung zur Überführung des Gesamtprojektes in den Regelbetrieb der Verwaltung.
3. Die Verwaltung stellt den Lenkungsgruppenmitgliedern als Vorbereitung für die Sitzung alle bewertungsrelevanten Informationen zur Verfügung. Hierzu gehören neben Angaben aus dem Angebotscontrolling auch die Aussagen der Träger zum künftigen Finanzierungsbedarf. Die Verwaltung klärt mit den Trägern folgende Fragen:
  - a. Welche Projekte können ohne weitere Kreisförderung weitergeführt werden?
  - b. Welche Projekte bedürfen einer Regelförderung durch den Kreis, um weitergeführt werden zu können?
4. Die Verwaltung klärt – möglichst vor der Sitzung der Lenkungsgruppe am 31.10.2007 - , inwieweit mit kommunalen Mitteln von Städten und Gemeinden zur Finanzierung von Angeboten gerechnet werden kann. Es werden alle 20 finanzierten Angebote (acht weitergeführte Angebote und 12 neue zur Übertragung von Angebotsideen) einbezogen.
5. Die Lenkungsgruppe erarbeitet im Frühjahr 2008 eine Empfehlung, welche der insgesamt geförderten Angebote (weitergeführte Angebote aus Beschlussvorschlag 1 und 12 neue Angebote zur Übertragung von Angebotsideen) in die Regelförderung einsteigen. Die Empfehlung umfasst auch Aussagen zum künftigen Finanzbedarf.
6. Dem vorgeschlagenen Zeitplan wird zugestimmt.

Eine Abstimmung über den Antrag der SPD erfolgt nicht mehr. Mitglied Schulte rügt, dass über den Antrag der SPD als den weiter gehenderen Antrag hätte zuvor abgestimmt werden müssen. Auf eine weitere oder erneute Abstimmung wird jedoch verzichtet.

**Punkt 7: Kostenloses Mittagessen für Kinder aus einkommensarmen Familien**  
**Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2007**  
**Vorlage: 0166/2007**

---

Berichterstatlerin:

Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Mitglied Schulte erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Mitglied Daberkow führt aus, dass für diesen Antrag die Bürgermeisterversammlung das richtige Gremium wäre, da es sich um eine kommunale Angelegenheit handle. In gleicher Richtung argumentieren auch die Mitglieder Tönnes und Pohl, wobei Mitglied Pohl darüber informiert, dass im Jugendhilfeausschuss der Verwaltung zu diesem Thema ein Auftrag erteilt worden sei; der Ausdruck „...dafür Sorge tragen..“ bedeute dagegen, dass entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Haßenkamp stellt klar, dass man sich hier klassisch auf dem „Freiwilligenfeld“ bewege, denn es handle sich um den Zuständigkeitsbereich der Schulträger. Dieses Thema sei zudem bereits in den meisten Gemeinden auf der Tagesordnung. Natürlich würde der Kreis Borken da tätig werden, wo er im weitesten Sinne zuständig sei, wie z. B. in Einzelfällen im Rahmen der Jugendhilfe im Bereich der offenen Ganztagsbetreuung.

Vorsitzender Stilkenbäumer schlägt vor, die im Jugendhilfeausschuss angestoßene Abfrage bei den Städten und Gemeinden abzuwarten.

Hierauf stellt Mitglied Schulte den Antrag der SPD-Fraktion bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurück.

---

**Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung**

---

**Punkt 8.1: Kommunale Gesundheitskonferenz**

---

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

**Punkt 8.2: Kreispflegekonferenz**

---

Die Kreispflegekonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

**Punkt 8.3: Zustand in den Pflegeheimen**

---

Herr Dr. Ettliger nimmt Bezug auf eine Berichterstattung, wonach es laut einem MDK-Gutachten in den Heimen teilweise chaotische Verhältnisse geben solle.

Diese Erfahrungen könnten für den Kreis Borken nicht bestätigt werden. Seine Ausführungen, wie im Kreis Borken die Heimaufsicht erfolgt, ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

---

**Punkt 8.4: Allgemeine Informationen aus dem Fachbereich Gesundheit**

---

Herr Haßenkamp informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass Frau Scherwinski seit einem Monat wieder im Dienst sei, jedoch zunächst mit reduzierter Stundenzahl, so dass sie in naher Zukunft noch nicht an den Ausschusssitzung teilnehmen werde. Er solle allen mitteilen, dass der Rückhalt aus dem Ausschuss ihr sehr geholfen habe.

Gleichzeitig nimmt Herr Haßenkamp die Gelegenheit wahr, Herrn Dr. Ettliger für seinen Einsatz in dieser Zeit zu danken, der sicherlich mit erheblicher Zusatzarbeit verbunden gewesen sei.

---

**Punkt 9: Anfragen**

---

---

**Punkt 9.1: Bericht der Heimaufsicht**

---

Mitglied Schulte fragt an, ob es dem politischen Raum möglich sei, Einsicht in die Berichte der Heimaufsicht zu erlangen. Herr Groschke entgegnet hierauf, dass die Berichte in aggregierter, anonymisierter Form zwar öffentlich gemacht werden könnten, eine konkrete Einsicht in einzelne Berichte der Heimaufsicht jedoch nicht möglich sei.

---

**Punkt 9.2: Finanzielle Probleme der Brustzentren**

---

Mitglied Schulte weist auf einen Zeitungsartikel hin, wonach auch das Brustkrebszentrum Westmünsterland Ahaus/Bocholt finanzielle Probleme habe. Sie wird diesen Artikel Herrn Dr. Ettliger zukommen lassen, der der Angelegenheit nochmals nachgehen werde.

---

**Punkt 9.3: Medizinische Versorgungsdichte im Kreis Borken**

---

Auf die Nachfrage des Mitgliedes Bestert, ob im Kreis Borken Ärztemangel bestehe, erwidert Herr Dr. Ettliger, dass im Kreis Borken mit einer 90%igen Versorgung kein Ärztemangel bestehe. Handlungsbedarf bestünde bei einer Versorgung unter 75 %. Problematisch sei jedoch die Altersstruktur der im Kreis Borken praktizierenden Ärzte, ob dies jedoch später einmal zu einer Unterversorgung führe, könne heute noch nicht abgeschätzt werden.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 19:30 Uhr und dankt allen Anwesenden für die rege Teilnahme.

---

Wilhelm Stilkenbäumer  
- Vorsitzender -

---

Jürgen Bietenbeck  
- Schriftführer -